

Der Nordirland-Konflikt und seine Geschichte

Von Malte Weilhausen

Ein dauerhafter Frieden wäre ein Wunder

- 10 "Behind every seat of the peace table stands a ghost." Diese im Herbst 1997 in der Tageszeitung "The Independent" erschienene Schlagzeile charakterisiert treffend die Atmosphäre bei den erstmals unter Einbeziehung der weithin als politischer Ann. der Terrororganisation IRA angesehenen Sinn Fein Partei stattfindenden Allparteiengesprächen .
- 15 Viele der Verhandlungsführer im nordirischen Stormont verbinden mit den seit 1921 andauernden Auseinandersetzungen leidvolle Erfahrungen - etwa den Verlust von Angehörigen oder auch das Gefühl, selbst gerade noch einmal mit dem Leben davongekommen zu sein. Niemand kann jedoch ein Monopol des Leidens für sich in Anspruch nehmen. Viele Betroffene sind Täter und Opfer zugleich.
- 20 Diese Grundstimmung hat dazu beigetragen, dass sich die Parteien in diesem Konflikt trotz der Bemühungen einer Politik der kleinen Schritte, noch immer unversöhnlich gegenüberstehen. So musste der bisher so populäre Premierminister Blair nach seiner historischen Zusammenkunft Mitte Oktober mit Gerry Adams, dem Führer von Sinn Fein, erstmals ein Pfeifkonzert erleben. Kompromisslosigkeit ist in beiden Lagern noch
- 25 immer sehr populär. "Hätte die Armee vor 20 Jahren 600 IRA-Mitglieder erschossen, so gäbe es heute keinen Nordirlandkonflikt." Dieses Zitat des konservativen Unterhausabgeordneten Alan Clark erfuhr große Zustimmung.
- Eine Beleuchtung der Ursprünge des Konflikts sowie der Absichten der Beteiligten soll Aufschluss darüber geben, wie weit die einzelnen Gruppierungen bei 'den Allparteiengesprächen gehen können und welche Lösungen, überhaupt vorstellbar sind.
- 30

Irische Teilung 1920

- Im 17. Jahrhundert kamen presbyterianische Siedler auf Initiative Oliver Cromwells von Schottland nach Irland. Meist von Armut gezeißelt und diskriminiert, waren diese Auswanderer die ersten Briten in Irland. Während des 18. und 19. Jahrhunderts bildete
- 35 sich ein - damals gleichermaßen von Katholiken und Protestanten getragener - Nationalismus gegen die britische Fremdherrschaft heraus.

In der 1. "Home Rule Bill" wurde 1886 erstmals die Forderung nach einem gesamtirischen Parlament sowie einer Exekutivgewalt zur Regelung inneririscher Fragen festgeschrieben. Bald wurde deutlich, dass die Protestanten im Norden sich einem irischen Nationalstaat notfalls mit Waffengewalt entgegenstellen würden. Die Regierung in London suchte den Kompromiss und beschloss 1914 einige der strittigen Grafschaften, die "Ulster counties", vorübergehend von den Plänen zur Gründung eines irischen Nationalstaates auszunehmen. Als 1918 die nationalistische Sinn Fein Partei einen überraschenden Wahlsieg errang, kam es zu einem ersten Gewaltausbruch. Nach Auszug der meisten irischen Abgeordneten aus dem Unterhaus, wurde 1918 in Dublin ein gesamtirisches Parlament konstituiert. Ein Jahr später besiegelte der "Government of Ireland Act" gegen allen Widerstand die irische Teilung. Die Gründung des (süd-)irischen Freistaates mit dem anglo-irischen Vertrag von 1921 bedeutete die faktische Anerkennung dieser Teilung durch die Mehrheit der Südiren. Damit sahen sich die katholischen Nationalisten in eine doppelte Minderheitsposition gerückt: Zum einen gegenüber der protestantischen Bevölkerung ihrer eigenen "counties", zum anderen gegenüber den gesamtirischen Nationalisten, die 1921 die irische Teilung zumindest in Kauf genommen hatten.

Unionistische Dominanz

Der Zustand wurde jedoch auch auf südирischer Seite nur als vorläufig empfunden. Gemäß Artikel 2 der Verfassung der Irischen Republik von 1937 umfasst das Staatsgebiet die ganze Insel Irland. Dieser Anspruch nährt bis heute die unionistischen Bedrohungsvorstellungen und bildet nach wie vor ein Hindernis für die Friedensgespräche. Die Defensivhaltung der protestantischen Mehrheit hatte Konsequenzen, die weit über ein legitimes Schutzbedürfnis hinausreichten. Das getreu den Plänen der britischen Regierung von den Unionisten dominierte nordirische Parlament entwickelte sich zu einem Instrument der Diskriminierung der katholischen Nationalisten. Hervorzuheben ist hier die Beibehaltung der Besitzqualifikation bei den Kommunalwahlen, das Mehrfachstimmrecht für Unternehmen sowie das einseitig harte Durchgreifen der sog. "B-Specials", einer Polizeireserve, gegenüber den Nationalisten. Ein "Special Powers Act", der die Inhaftierung von Verdächtigen ohne Gerichtsverhandlung zuließ, begründete schwerwiegende rechtsstaatliche Bedenken.

Viele dieser, anfänglich vielleicht noch als Überreaktionen erklärbaren, Entwicklungen galten bald als integraler Bestandteil des unionistischen Besitzstandes.

70

70 Während der Jahrzehnte vor und unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg erwies sich diese
Ordnung gleichwohl als erstaunlich stabil. Ende der sechziger Jahre erstarkte unter
dem Eindruck des Aufbegehrens der Schwarzen in den USA die irische Bürgerrechts-
bewegung. Deren Bemühungen konzentrierten sich dabei gar nicht so sehr auf die An-
75 bindung Nordirlands an das gemessen an Großbritannien "rückständige" Agrarland Ir-
land als vielmehr auf die Beseitigung der oben beschriebenen undemokratischen Zu-
stände. Die 1967 gegründete Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA), suchte
den Dialog mit den anfänglich auch gesprächsbereiten Unionisten. Als die friedlichen
Märsche der NICRA, an denen sich auch Protestanten beteiligten, nach gewaltsamen
Gegendemonstrationen radikaler Unionisten verboten wurden, kam es zu einer Kon-
80 frontation der das Verbot brechenden Bürgerrechtler mit der Polizei. Symbolfigur einer
extrem ablehnenden Haltung auf protestantischer Seite wurde der Prediger und Kir-
chengründer (Free Presbyterian Church) Ian Paisley.

Britisches Engagement

Um den nun herrschenden bürgerkriegsähnlichen Zuständen entgegenzuwirken, wur-
85 den 1969 britische Armee-Einheiten nach Nordirland gebracht. Während dies eingangs
von den Katholiken als eine Schutzmaßnahme begrüßt wurde, sollte sich dies nach we-
nig rücksichtsvollem Vorgehen der Armee bei Hausdurchsuchungen in katholischen
Wohngebieten, bald ändern. Die, als Reaktion darauf erfolgte Spaltung der IRA in einen
marxistischen Flügel (Officials, heute Democratic Left) und die gewaltbereiten "Provisi-
90 onals" trug entscheidend zur Polarisierung bei. Da London nicht bereit war, das Ge-
waltmonopol des Staates an paramilitärische Organisationen wie die protestantische
UDA (Ulster Defense Association) oder gar die IRA abzutreten, übernahmen die Briten
1972 nach der Auflösung des offensichtlich reformunfähigen irischen Parlaments die
Direktregierung. Sie setzten alle Forderungen der Bürgerrechtsbewegung durch und
95 verabschiedeten ein Verfassungsgesetz, das die Einrichtung eines nach dem System
der Verhältniswahl zu konstituierenden Parlaments (Northern Ireland Assembly) und
einer Exekutive vorsah.

Die erste Regierung wurde 1973 von einem Teil der Unionisten, der überkonfes-
sionellen Allianzpartei sowie der 1970 von Bürgerrechtlern gegründeten Social Democ-
100 ratic and Labour Party (SDLP) gebildet. Schritte der Regierung, die auf eine Anerken-
nung der gesamtirischen Dimension abzielten, führten 1974 zu einem von paramilitäri-
schen protestantischen Gruppen gestützten und von militanten Arbeitern (Ulster Wor-
ker's Council) durchgeführten Streik.

Obwohl lebenswichtige Industriezweige paralysiert waren, entschied sich London gegen
105 eine militärische Lösung des Problems, was sie in den Augen der Katholiken wieder auf
die Seite des protestantischen Lagers rücken sah.

Anglo-Irisches Abkommen

Weitere Versuche der Regierung, das Problem in die Hände der Betroffenen zu legen,
scheitern am Widerstand der allen gesamtirischen Bestrebungen ablehnend gegenü-
110 berstehenden protestantischen Mehrheit. Die Direktregierung konzentrierte sich im Fol-
genden auf flankierende ökonomische und soziale Maßnahmen zur Befriedung der Re-
gion, konnte aber nicht verhindern, dass sich der Konflikt zu einem permanenten Poli-
zeiproblem entwickelte.

Eine zunehmende Polarisierung hatte vor allem die Rechtspraxis der sog. "Diplock
115 Courts", nach der dem Terrorismus Verdächtige ohne die sonst übliche Jury abgeurteilt
werden konnten, sowie die Gleichstellung "politischer" Gefangener mit Kriminellen im
Strafvollzug ab 1976 zur Folge.

1985 wurde ein anglo-irisches Regierungsabkommen geschlossen, das der irischen
Regierung als Gegenleistung für eine stärkere Rolle der Republik bei der Terrorismus-
120 bekämpfung ein Vorschlagsrecht zur Behandlung von Nordirlandfragen durch die briti-
sche Regierung einräumte. Dieses "Anglo-Irish Agreement" wurde gleichermaßen von
Sinn Fein, wegen der darin enthaltenen Anerkennung des augenblicklichen Status
Nordirlands, sowie der protestantischen Mehrheit, die darin eine unerwünschte Mög-
lichkeit der Einflussnahme der Republik Irland auf die nordirische Innenpolitik erblickte,
125 abgelehnt. 1986 führten die dauernden Proteste der Unionisten, die im Januar sogar
Unterhauswahlen provoziert hatten, zur Auflösung der 1983 gewählten Assembly.

Von 1988 bis 1992 überzogen die Konfliktparteien das Land mit einer Welle von Gewalt
und Gegengewalt, insbesondere zur Zeit der traditionellen protestantischen "marches"
im Sommer. Die britische Regierung unterstützte die Terrorismusbekämpfung mit Son-
130 dergesetzen, die u. a. Sinn Fein und der IRA verboten, in Radio und Fernsehen aufzu-
treten, das Recht auf Verweigerung, Aussageverweigerung bei Verhaftungen ein-
schränkten und die Beschlagnahme verächtiger Banknoten durch die nordirische Poli-
zei ermöglichten. Trotz der Eskalation der Gewalt, gab es weiterhin parallele Bemü-
hungen auf diplomatischer Ebene, einer Zuspitzung des Konflikts entgegenzuwirken.

135 Zwischen 1988 und 1993 gab es mehrere Versuche der britischen Regierung, jene Par-
teien, die eine gewaltsame Lösung ablehnten, unter Einbeziehung Dublins an einen
Tisch zu bringen.

140 Sowohl die Ansätze des Nordirlandministers Peter Brooke als auch die seines Amtsnachfolgers Sir Patrick Mayhew, die Unionisten aus deren selbstgewähltem "Exil" herauszuholen, blieben ohne Erfolg. Die unionistischen Parteien fürchteten, dass eine Beteiligung der Republik Irland ein erster Schritt zu der von ihnen abgelehnten irischen Einheit sei, während sich die Nationalisten einen wirksamen Schutz ihrer Interessen ohne die Einbeziehung der Republik nicht vorstellen konnten.

145 Deutlich wurde auch, dass der Ausschluss von Sinn Fein von allen Verhandlungen (angesichts ihrer Erfolge bei den Kommunalwahlen wie der andauernden IRA-Bombenkampagne) eine umfassende Lösung des Konflikts verhindern musste.

Humes-Adams Initiative

150 Eine Neuorientierung erfolgte 1993 mit einer gemeinsamen Initiative des Sinn Fein Präsidenten Gerry Adams und des Vorsitzenden der SDLP, John Hume. Die Perspektive einer Einigung des nationalistischen Lagers, unterstützt durch die irische und sogar die amerikanische Regierung, erschien Sinn Fein attraktiv genug, um ihre Strategie des bewaffneten Kampfes zur Disposition zu stellen.

155 Parallel dazu forderten Dublin und London ihre Kooperation. Während John Major dem Adams-Hume Plan sogar ablehnend gegenüberstand, würdigte die irische Regierung zwar die Arbeit der Nationalisten, machte aber gleichzeitig deutlich, dass der Friedensprozeß grundsätzlich Sache der Regierungen sei. Am 15. Dezember 1993 wurde in diesem Rahmen die sog. "Downing Street Declaration" beschlossen

Sowohl die Unionisten als auch Sinn Fein begegneten der Erklärung mit Misstrauen. Sinn Fein forderte die Klarstellung einiger Punkte und begann ihrerseits, den Willen der 160 Nordiren mit Hilfe einer zu diesem Zweck gebildeten "Peace Commission" zu erkunden. Als die britische Regierung dem Verlangen nach Präzisierung des Papiers nicht nachkam, reagierte die IRA mit neuerlichen Anschlägen in Großbritannien. Um den Friedensprozeß am Leben zu erhalten, vermittelte die irische Regierung zwischen London und der IRA. Im August 1994 ermöglichte eine von der IRA abgegebene Waffenstillstandserklärung eine Teilnahme Sinn Feins am neuen "Forum for Peace and Reconciliation" in Dublin. Um nicht isoliert zu werden, zogen die paramilitärischen Verbände der 165 Unionisten im Oktober nach.

Die Mitchell-Kommission

170 Obwohl die "Downing Street Declaration" sowohl von der IRA als auch vom radikalen Flügel der Unionisten, der DUP Ian Paisleys, im Juli 1994 abgelehnt wurde, bestanden in der nordirischen Bevölkerung große Erwartungen an den Friedensprozeß.

Ein anglo-irisches Rahmenabkommen sollte der IRA um den Preis des Gewaltverzichts den Weg zu Friedensgesprächen eröffnen. Im Februar 1995 wurden die "Frameworks for the Future" vorgestellt. Im ersten Teil entwickelte die britische Regierung ein Regierungsmodell für Nordirland.

Nach den Plänen der Regierungen der USA, Großbritanniens und Irlands sollte die IRA ihrer Entwaffnung ("decommissioning") vor Aufnahme neuer Gespräche mit Sinn Fein zumindest prinzipiell zustimmen. Insbesondere deren praktische Umsetzung war jedoch strittig und stellte im Folgenden eines der größten Hindernisse des Friedensprozesses dar. Die Ausarbeitung der Details übertrug man daher einer internationalen Kommission, die unter dem Vorsitz des ehemaligen amerikanischen Senators George J. Mitchell im November 1995 ihre Arbeit aufnahm. Der Anfang 1996 veröffentlichte Bericht der Kommission steckt einen auch heute noch gültigen Rahmen für die Frage der Waffenrückgabe:

1. Völlige und nachprüfbar Entwaffnung aller paramilitärischen Organisationen;
2. Verzicht auf Gewalt bzw. die Androhung von Gewalt;
3. Übereinkunft, den letztlich getroffenen Vereinbarungen auch Folge zu leisten;
4. Beendigung jeglicher Strafaktionen in Form von physischen Attacken bis hin zur Tötung;
5. Entgegenkommen der IRA durch eine vertrauensbildende Geste;
6. Vollzug der Entwaffnung durch eine unabhängige Kommission, die zeitgleich mit dem Beginn der Gespräche ihre Arbeit aufnimmt.

Verhärtung der Fronten

Neben Meinungsverschiedenheiten über die Entwaffnung sorgte vor allem eine unterschiedliche Einschätzung der Situation in London und Dublin für die Verhärtung der Fronten:

Während die irische Republik glaubte, Gerry Adams den Rücken stärken zu müssen, um einen neuen Ausbruch der Gewalt zu verhindern, ging die Regierung Major davon aus, Sinn Fein durch das Bündnis Großbritannien-USA-Irland zum Frieden zwingen zu können. Dazu kam, dass die schwindende Mehrheit der Tories im Unterhaus John Major immer mehr dazu zwang, um seiner Handlungsfähigkeit willen Rücksicht auf die Unionisten zu nehmen. Als sich die Konservativen auf Vorschlag der Unionisten für die Etablierung einer in Nordirland gewählten Versammlung als Rahmen für die Friedensgespräche entschied, wurde dies von Sinn Fein als Wiederauflage des protestantischen Stormont-Regimes abgelehnt. Am 9. Februar 1996 brach die IRA den Waffenstillstand.

Mit dem Wahlkampf in Großbritannien (Wahlen am 1. Mai 1997) stagnierte der Friedensprozeß endgültig.

Allparteiengespräche

210 Neuen Auftrieb erfuhr die Entwicklung mit dem Regierungswechsel in London. Erst Tony Blair, der über eine stabile Parlamentsmehrheit verfügt, war in der Lage, die von PM Major vorgezeichneten Pläne ohne Rücksicht auf die unionistischen Stimmen im Parlament in die Tat umzusetzen. Wenn diese neue Flexibilität auch einen Ausbruch der Gewalt während der traditionellen protestantischen Dumcree Parade noch nicht
215 verhindern konnte, so wurde doch zumindest ein Einlenken der protestantischen Marschierer ("Orange men") bei späteren Umzügen erreicht.

Schon im Mai 1997 hatte der Premierminister Gerry Adams ein neues Angebot zur Teilnahme an den Allparteiengesprächen - freilich unter der Bedingung einer Waffenstillstandserklärung der IRA - unterbreitet. Auf Empfehlung von Sinn Fein gab die IRA eine
220 solche am 19. Juli 1997 ab. Der als historisch zu bezeichnende Durchbruch gelang im September, als sich die UUP David Trimbles, als einzige der drei unionistischen Parteien, zu substantiellen Gesprächen bereit fand. Die nach wie vor strittige Frage des "decommissioning" sollte von einer unabhängigen internationalen Entwaffnungskommission, die unter Zugrundelegung der Mitchell-Prinzipien (unter Vorsitz des kanadischen
225 Generals John de Castelain) parallel zu den Gesprächen ihre Arbeit aufnehmen sollte, geklärt werden.

Verhandelt wird über drei Hauptbereiche:

- | | |
|-----|--|
| 230 | <ol style="list-style-type: none">1. Einrichtung einer Versammlung für Nordirland im Sinne einer Dezentralisierung (devolution);2. Beziehungen Nordirlands zur Republik Irland, insbes. die Schaffung Institutionen grenzüberschreitender Zusammenarbeit ("cross border institutions");3. Beziehungen zwischen der Republik Irland und dem Vereinigten Königreich. |
|-----|--|

Die Ergebnisse der Gespräche sollen mit einem Dreifachschloß ("triple lock") gesichert
235 werden. Zunächst ist die zeitgleiche Durchführung zweier Referenden vorgesehen, dann soll das britische Parlament beschließen.